

Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhofs (A 7) 8600-3665, Postverk. Nr. 12404-3609, Telegramm-Nr. Ullsteinhaus Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgebild

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handeltell) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeiger-Preis: mm-Zeile 33 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärtler 15 Pf.] • Nr 382

MITTWOCH, 10. AUGUST 1932

ABEND-AUSGABE

Wird Hitler berufen?

Papen verhandelt zuerst mit dem Zentrum

Reichspräsident von Hindenburg, der heute morgen aus Stendek eingetroffen ist, hat um 11 Uhr den Reichskanzler zum Vortrag empfangen. Herr von Papen hat vom Reichspräsidenten die Ermächtigung erbeten und erhalten, mit den führenden Persönlichkeiten der in Betracht kommenden Parteien in Verhandlungen über die Regierungsumbildung einzutreten. Daß ausschließlich der Kanzler mit der Führung der Verhandlungen beauftragt worden ist, daß Empfang beim Reichspräsidenten selbst nicht vorgezogen sind, deutet darauf hin, daß Hindenburg an den Gedanken einer Umgestaltung des bestehenden Präsidialkabinetts unter der Führung von Papen noch festhält. Der Reichskanzler hat die erste Einladung zu einer Besprechung an die Zentrumsparteien ergoßen lassen, deren Führer für morgen nachmittag in die Reichstasche gebeten werden sind. Das Zentrum wird wahrscheinlich, der Bischof Dr. Kaas erkrankt ist, die Abgeordneten Soos und den früheren Reichs- arbeitsminister Stiegelwag delegieren. Auf Freitag dürften die führenden Persönlichkeiten der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen eingeladen werden.

Es muß übersehen, daß der Reigen der Besprechungen über die Regierungsumbildung mit dem Zentrum eröffnet wird. Offenbar will Herr von Papen, ehe er den Nationalsozialisten sein Anerkennen macht und ihre Forderungen entgegennimmt, darüber unterrichtet sein, welche Haltung das Zentrum einem umgebildeten Kabinett Papen gegenüber in Reichsagen einnehmen und wie es eine Kombination Hitler aufnehmen würde.

Was er von den Nationalsozialisten hören wird, weiß Herr von Papen nach den Vorverhandlungen, die zwischen dem Reichswehrminister von Schleicher und Adolf Hitler stattgefunden haben, schon jetzt. Die Nationalsozialisten verlangen den Eintritt des Kabinetts Papen und die Vertagung Hitlers mit der Bildung einer neuen Regierung, die äußerlich den Charakter eines „Präsidialkabinetts“ haben soll. Außer Hitler soll noch Gregor Strasser als Innenminister in die Regierung eintreten. Die übrigen Kabinettsmitglieder sollen im Amt bleiben, mit zwei Ausnahmen: des Reichsinnenministers von Engel, der zum Oberpräsidenten der Provinz Preußen ernannt werden, und des Reichsaussenministers Brücker von Rosenfeld, der die Postfach in London wieder übernehmen soll. An Stelle Reichs- und Reichsjustizministerien übernehme.

Als Reichsfinanzminister würde Hitler auch, Reichskommissar für Preußen sein. Mit dieser Vertretung würde auch an Stelle Dr. Brücker Gregor Strasser beauftragt werden, so daß Reichs- und Reichsjustiz Innenministerium in national-

sozialistischer Hand vereinigt wären. Es scheint, daß die Nationalsozialisten bereit sind, „Legalitätsklärungen“ in bezug auf die Verfassung und die Handhabung der Exekutivorgane abzugeben.

Das ist der augenblickliche Stand am Beginn der Verhandlungen. Wie sie enden werden, ist nicht vorauszusagen. Es ist in der „Vossischen Zeitung“ bereits darauf hingewiesen worden, daß einflussreiche Persönlichkeiten, die vor einigen Wochen Papen in den Sattel gehoben haben, heute sich gegen ihn setzen, eine Kombination Hitler, der bestimmte Sicherungen, hinzuzunehmen. Aber die Besprechungen, die in den nächsten Tagen zwischen dem Kanzler und den Führern der Parteien geführt werden sollen, werden nicht nur formale Bedeutung haben. Was sich aus ihnen an Einwürfen, Vorschlägen und Gegenanträgen ergibt, wird von Einfluß sein auf die Entscheidung, die letzten Endes vom Reichspräsidenten als dem maßgebenden Faktor, getroffen wird.

Unzweifelhaft ist, daß die nationalsozialistische S. A. diese Entscheidung ihrerseits zu beeinflussen versucht. Ueber die Zusammenhänge der S. A. Formationen in der Provinz Brandenburg liegen auch an amtlichen Stellen so ausführliche und ungewöhnliche Meldungen vor, daß die Wichtigkeit einer Durchsicht nicht zu verkennen ist. In der Mittagsstunde dieses Tages ist allerdings, daß Teile der zurückgegangenen S. A. Formationen wieder entlassen worden seien. Aber die Wichtigkeit, mit der Tausende dieser „Brüderkassen“ aus den Städten herausgezogen und rings um Berlin konzentriert werden sind, ist nicht mehr zu bezweifeln. Und es ist schwer vorstellbar, daß diese doch offenbar von langer Hand vorbereitete S. A. Aktion ohne Wissen der Parteiführung durchgeführt wurde.

Zusammenfassend ist zu sagen: Hitler liegt als Kanzlerkandidat fest im Rennen. Es ist möglich, aber noch nicht gewiß, daß er dieses Rennen machen wird.

Doch konzentriert!

Offenbar hat dem Druck deutscher Himwele amtlicher Stellen erklärt, haben der „S. A.“ Führer von Berlin-Brandenburg, Oswald Hellborn, einen Aufmarsch an seine Truppe, sie möge gerade jetzt beweisen, „daß die S. A. streng diszipliniert in der Hand ihrer Führer ist.“ Illegale Handlungen würden, wenn sie vorkämen, strengstens geahndet werden. Die Überdies über bewaffnete Lehrlinge und Schulmengen der S. A. seien zum Teil darauf gerichtet, daß einzelne Formationen „Wetz-Sportübungen und zum Schutz vor Überfällen Alarmübungen“ vorgenommen haben. Im übrigen ist es zweifellos „Eigentum“, die S. A. als disziplinierte, die Partei als wieder unabhängig erweisen zu lassen.

Viele Erklärung ist ein Geschehnis der Tatsache, daß tatsächlich die Konzentration von S. A.-Leuten erfolgt ist. Wie die neue Weisung besetzt wird, bleibt abzuwarten.

Der Bannwald

Das Berliner Organ der Nationalsozialisten hat dem Reichspräsidenten in ungnädigen Worten eröffnet, daß sein Ergehen zu der Verfassungsfeier unangemessen sei. Diese Verfassung sei ja doch „längst dahingehungenen“ und außerdem „unzulänglich“. Hindenburg habe vielmehr sich schleunigst mit der Regierung neubildung zu befassen. Wie er dabei zu verfahren habe, wird ihm ebenfalls mitteilt. Er habe Hitler zu berufen. Im anderen Fall wird mit „rückhaltlosem Kampf“ droht. Wie dieser „rückhaltlose Kampf“ aussieht, davon haben die Tage seit der Reichstagswahl einen Begriff gegeben. Was sich in dem Königberger Blutmorden ereignet hat, wird allgemein als Zeil einer offiziell abgebliebenen Gemaltaktion betrachtet, die als „Mord der langen Messer“ von hervorragenden Führern der nationalsozialistischen Partei in öffentlichen Versammlungen wiederholt angemahnt worden ist.

Der Anspruch auf die Führung zu dem inneren Reich, daß diese Führung nur ein Stapp auf dem Weg zur hundertprozentigen Parteiführung sein soll — wird in der nationalsozialistischen Presse gleichzeitig mit legalem Argumenten begründet und durch ähnliche Drohungen unterfüttert. Das legale Argument weist auf die außerordentliche Güte der nationalsozialistischen Reichstagsaktion, die tatsächlich nach demokratischen Grundsätzen weitgehende Berücksichtigung erfuhr, unter der Voraussetzung rücksichtsloser Anerkennung der Verfassung, einschließlich der Verfassung, einem Aufschwung des Reiches nach der anderen Seite keine Hindernisse zu bereiten und fair play nicht nur zu fordern, sondern auch zu gewähren. Kann der Führer einer Partei, die die Demokratie vereint und verhöht, ausreichende Garantien geben, daß das Doppelspiel zwischen Legalität und Gewalt nicht nur mit Worten, sondern auch durch sichtbare Taten ein Ende findet? Es ist gewiß kein weltgeschichtliches Ereignis, daß auf dem Landtagshaus in Schwerin die Saltenfreudigen geschickt werden ist, entgegen dem Protest aller Parteien, einschließlich der Deutschnationalen, die darauf hinweisen, daß der Staat die Gesamtheit aller Staatsbürger verlor. Was in Schwerin ebenfalls ist, wäre in der Reichstagswahl untragbar. Der deutsche Reichsfinanzminister, ebenso wie es der Reichspräsident immer wieder getan hat, ist auch äußerlich zu den Symbolen der Verfassung bekennen.

In den letzten Tagen haben sich nicht nur die Meldungen über Gemaltaktionen gehäuft, sondern auch über Zusammenhänge der nationalsozialistischen Brötchenarmee, die am 13. April mit der Begründung verboten worden war, daß keine Reichsregierung es bilden könne, daß irgendeine Partei den Versuch mache, einen „Staat im Staate“ zu bilden, und sich Wladimir Schaffe, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Die Wiederabteilung der S. A., nach dazu in Gemaßfahre, mußte die Staatsautorität schwächen, insbesondere bei den tabulaten Elementen dieser „Armee der Entzweiung“. Die offensichtlich nach einheitlichem Plan angelegten und mit fester Berechnung durchgeführten Attentate der letzten Tage deuten nicht nur der Terrorisierung der republikanischen Bevölkerung; sie waren in gleichem Maße eine Kampfanlage an die Regierung Papen-Papen, deren feierliche Wagnisse offen verhöhnt wurden. Das war der Druck der „aufrichtigen Elemente“ an eine Regierung, die es der preußischen Polizei zum Vorwurf gemacht hatte, daß sie nationalsozialistische Ausbreitungen ebenso rücksichtslos bekämpfte wie kommunistische Anschläge.

Die nationalsozialistische Parteiführung hat nach einigem Zögern offizielle Warnungen erteilt, mit der Begründung, man solle doch das Spiel um die Macht nicht durch Unbarmherzigkeiten stören. Gleichgültig aber wird immer wieder auseinandergesetzt, daß es sich bei den Terroristen der S. A. um Wahrgänger der Geblühle handle, erstlich aus der Stimmung der Parteiführung, darüber, daß „trotz des Wahlsieges“ der Partei die Macht vorerhalten werde. Man brauche nur die nationalsozialistischen Wadmanprüche zu erfüllen, um Ruhe und Frieden zu schaffen. Und es wird hinzugefügt, daß alle Wladimir auf diejenigen falle, die nicht belangungslos dem Druck der Straße sich fügen. So ähnlich klingt es so wohl auch in den Sparratstagen, nur anders herum. Die Beobachtung an solche Methoden wäre auch für nationalsozialistische Wladimir nicht angemessen. Denn eine Wiederholung könnte leicht infamiert werden, wenn einmal das Recht auf „Selbsthilfe“ grundsätzliche Anerkennung gefunden hat.

Wenigstens hat jüngst in der „Vossischen Zeitung“ darauf hingewiesen, welche Gefahr eine Entzweiung bleibt, die nach spätmittelalterlichem Muster das Herz den Feindern ein- oder

Putzversuch in Spanien

In Madrid sofort niedergeschlagen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 10. AUGUST

In der spanischen Hauptstadt ist heute nacht plötzlich ein von langer Hand vorbereiteter und von sehr einflussreichen Persönlichkeiten der monarchistischen Bewegung unterstützter Militärputsch ausgedroht, der durch das schnelle und energische Eingreifen der Polizei sofort niedergeschlagen werden konnte. Bisher sind fünf Todesopfer und eine Anzahl von Schwerverletzten gemeldet worden; umfangreiche Verhaftungen erfolgten.

Jetzt ist die Stadt wieder ruhig, die Regierung erklärt, daß sie völlig Herr der Lage sei, und von der politischen Bewegung ist heute vormittag nur durch ein paar republikanische Demonstrationen etwas zu spüren.

Auf Grund einer Angabe wurde heute nacht um 3 Uhr acht Personen in einem Hotel-Arten verhaftet, aus deren Aussagen man den Putschplan erfuhr. Eine Stunde später schon erschienen vor der Hauptpolizei und vor dem Kriegsministerium ein einige Gruppen Aufständischer, die in die Gefängnisse eingekerkelt wurden. Gensarmen hielt die Aufständischen in Schach und ein paar Tanks machten die revolutionäre Aktion schlagartig. Siehe auch zweite Seite